

Auflösung der UdSSR: Nach 1988 forderten immer mehr Unionsrepubliken ihre staatliche Souveränität. → Gorbatschow versuchte die Unabhängigkeitsbewegungen zu stoppen. Als dies nicht gelang und ein Putschversuch die Zentralregierung in Moskau schwächte, gründeten im Dezember 1991 die Regierungschefs Russlands, Weißrusslands und der Ukraine die → *Gemeinschaft Unabhängiger Staaten*. Das war das Ende der UdSSR.

Ausprägung eines totalitären Staates: Unter dem Einfluss der Sowjetunion entwickelte sich die DDR nach 1949 zu einem totalitären Staat (→ *Stalinismus*), dessen Kennzeichen die diktatorische Herrschaft der SED, die Missachtung der Menschenrechte und die allumfassende Überwachung der Bevölkerung durch die → *Stasi* waren.

Außerparlamentarische Opposition (APO): eine von Studenten und Intellektuellen getragene Bewegung; sie kritisierte zwischen 1960 und 1970 u. a. die Notstandsverfassung, die Große Koalition und die Pressekonzentration und wollte gesellschaftliche Reformen durchsetzen, obwohl sie nicht im Parlament vertreten war.

Berliner Mauer: Seit dem 13. August 1961 riegelte die DDR-Regierung die Sektorengrenze zwischen West- und Ostberlin durch eine Mauer ab, um den Flüchtlingsstrom in die Bundesrepublik zu stoppen. Die Berliner Mauer war ein Teil der militärisch gesicherten Absperrung der DDR zum Westen. Infolge der → *friedlichen Revolution* der DDR-Bürger fiel am 9./10. November 1989 die Mauer.

Besatzungszonen: ein von Siegermächten besetztes Gebiet. Die USA, Großbritannien und die UdSSR vereinbarten im Februar 1945 in Jalta - also noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges - eine vorläufige Teilung Deutschlands in Besatzungszonen. Deutschland und seine ehemalige Hauptstadt Berlin wurden in selbstständige amerikanische, britische, französische und sowjetische Zonen aufgeteilt. Ein alliierter Kontrollrat sollte für eine einheitliche Umsetzung der in Potsdam beschlossenen Politik in den Besatzungszonen sorgen (→ *Potsdamer Konferenz*).

Deutsche Wiedervereinigung: Die → *friedliche Revolution in DDR* von 1989 ermöglichte es, aus den zwei deutschen Staaten (→ *Gründung der Bundesrepublik* und → *Gründung der DDR*) wieder einen Staat werden zu lassen, wie dies die Präambel des → *Grundgesetzes* forderte. Die aus den ersten freien Volkskammerwahlen vom 18. März 1990 hervorgegangene Regierung und die westdeutsche Bundesregierung verhandelten in der Folgezeit einerseits miteinander über einen Einigungsvertrag und andererseits mit den vier ehemaligen Besatzungsmächten über die Wiedervereinigung. In dem am 12. September 1990 geschlossenen Friedensvertrag (Zwei-plus-vier-Vertrag) akzeptierten die Siegermächte die Wiedervereinigung der beiden Staaten. Am 3. Oktober 1990 wurden die in der ehemaligen DDR gegründeten neuen Bundesländer Teil der Bundesrepublik Deutschland.

Einbindung in die Europäische Union: Die alte Bundesrepublik Deutschland war Teil des westlichen Bündnissystems (→ *Westintegration*) und der → *Europäischen Gemeinschaft*. Als 1990 über die → *Deutsche Wiedervereinigung* international verhandelt wurde, versprach Bundeskanzler → Helmut Kohl, das vereinte Deutschland in die → *Europäische Union* einzubinden.

Eingliederung in das östliche Bündnissystem: Die von Moskau abhängige DDR wurde 1956 in das östliche Bündnis eingegliedert (→ *Warschauer Pakt*).

Elektronische Revolution: Die Entwicklung von leistungsfähigen Rechnern (Computern) schuf die Voraussetzungen für tief greifende technische Veränderungen mit weit reichenden sozialen Folgen. Sie machte zahllose Arbeitsplätze überflüssig und schuf nur wenige neue Stellen. Die elektronische Revolution bildete die Voraussetzung dafür, verschiedene Medien zusammenzuführen (→ *Multimedia*). Sie änderte die weltweiten Kommunikationsmöglichkeiten und schuf neue Voraussetzungen für die → *Globalisierung*.

Entkolonialisierung: Bezeichnung für die Auflösung der europäischen Kolonialreiche. Die durch den Zweiten Weltkrieg geschwächten Kolonialmächte verzichteten entweder freiwillig auf die Kolonien oder verzichteten nach Unabhängigkeitskriegen darauf. Die meisten in die Unabhängigkeit entlassenen Staaten zählen heute zu den → *Entwicklungsländern*.

Entwicklungsländer: Als „Entwicklungsländer“ gelten heute rund 170 unabhängige Staaten, in denen etwa drei Viertel der Weltbevölkerung leben. Folgende Merkmale weisen diese Länder auf: starkes Bevölkerungswachstum, Armut, schlechte Ernährung, hoher Anteil von Aids-Kranken, Mängel im Bildungswesen, niedrige Einkommen und ungleiche Einkommensverteilung, das Fehlen von Arbeitsplätzen und die einseitige Abhängigkeit vom Weltmarkt.

Europäische Gemeinschaft: Sammelbezeichnung für die seit 1967 zusammengefasste, aber mit getrennten Organen arbeitende → *Europäische Wirtschaftsgemeinschaft* (EWG), *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* (EGKS) und *Europäische Atomgemeinschaft* (EURATOM). Mit dem → *Vertrag von Maastricht* wurde aus diesen Gemeinschaften und ihren Organen die → *Europäische Union*.

Europäische Union (EU): Mit dem In-Kraft-Treten des *Vertrages von Maastricht* (1993) wurde das Staatenbündnis der Europäischen Gemeinschaft zur EU. Zu den Pfeilern der EU zählen die Zusammenarbeit in der Wirtschafts-, Währungs-, Außen-, Sicherheits- und Rechtspolitik. 2002 wurde der Euro als gemeinsames Zahlungsmittel eingeführt. Seit 2004 gehören der EU 25 Staaten mit etwa 450 Mio. Menschen an. Der Hauptsitz der EU ist Brüssel, das *Europäische Parlament* tagt in Straßburg, der *Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaft* arbeitet in Luxemburg und die *Europäische Zentralbank* ist in Frankfurt a. M. angesiedelt.

Europäische Wirtschaftsgemeinschaft (EWG): 1957 gründeten Belgien, die Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande in Rom die EWG (→ *Römische Verträge*). Die EWG zählte seit 1967 zur → *Europäischen Gemeinschaft* und wurde 1993 Teil der → *Europäischen Union*.

Flucht und Vertreibung: 1944/45 flohen Millionen Deutsche vor der sowjetischen Arme aus den deutschen Ostgebieten, darüber hinaus wurden bei Kriegsende Millionen Deutsche aus ihren alten Siedlungsgebieten im Osten vertrieben. Etwa 12 Millionen Deutsche waren davon betroffen; die Zahl der Toten und Vermissten wird auf 2,1 Millionen geschätzt.

Freistaat Bayern: Nach dem Zweiten Weltkrieg kam Bayern im Mai 1945 zur amerikanischen → *Besatzungszone* - mit Ausnahme von Lindau und der bayerischen Pfalz -, die der französischen Besatzungszone zugeteilt wurden. Nach Gemeinde- und Kreistagswahlen führte die von den Amerikanern ernannte Regierung im Juni 1946 Wahlen zu einer Verfassungsgebenden Versammlung durch, die im Oktober 1946 eine neue Verfassung billigte; sie trat im Dezember 1946 in Kraft. Seit 1949 ist der Freistaat Bayern ein Land der Bundesrepublik Deutschland.

Friedliche Revolution in der DDR: Eine immer stärker werdende Fluchtbewegung und friedliche Montagsdemonstrationen führten zunächst zum Rücktritt der DDR-Regierung und dann am 9./10. November 1989 zur Öffnung der → *Berliner Mauer*. Die friedliche Revolution in der DDR legte die Grundlage für die → *Wiedervereinigung Deutschlands*.

Gentechnologie: wissenschaftliche Technik, die in die Erbanlagen (Gene) von Organismen eingreift; sie ermöglicht es dem Menschen, die Entwicklung von Pflanzen, Tieren und Menschen zu beeinflussen.

Globalisierung: der weltweite (globale) Zusammenhang von Volkswirtschaften, Gesellschaften und internationalen Organisationen; beschleunigt wurde der Prozess der Globalisierung durch die immer billigeren Transportmöglichkeiten von Gütern, durch freie Wechselkurse der Währungen und durch die neuen Kommunikationsmöglichkeiten wie das Internet.

Grundgesetz: die am 23. Mai 1949 verkündete und mit der Genehmigung der westlichen Besatzungsmächte einen Tag später in Kraft getretene Verfassung der Bundesrepublik Deutschland. Angesichts der Teilung Deutschlands und des Fehlens eines Friedensvertrages betonte die Einleitung (*Präambel*) des Grundgesetzes, dass es nur für eine Übergangszeit gültig sein solle. Dazu forderte es das gesamte deutsche Volk auf, „in freier Selbstbestimmung die Einheit und Freiheit zu vollenden“. Dies wurde erst 1990 möglich (→ *Deutsche Wiedervereinigung*).

Gründung der Bundesrepublik Deutschland: Aus dem Gebiet der amerikanischen, britischen und französischen → *Besatzungszonen* entstand nach der Verkündung des → Grundgesetzes am 24. Mai die Bundesrepublik Deutschland.

Gründung der DDR: Auf dem Gebiet der sowjetischen Besatzungszone entstand nach der Verabschiedung einer Verfassung am 7. Oktober 1949 die DDR.

Gründung des Staates Israel: Nach 1945 baten die Briten, die Palästina im Auftrag des Völkerbundes verwalteten und den Juden 1917 dort eine „nationale Heimstätte“ versprochen hatten, die → *UNO* um eine Lösung des Problems, das durch die Einwanderung der Juden nach Palästina entstanden war. Die Weltorganisation legte 1947 einen Teilungsplan vor, dem nur die Juden zustimmten. Als am 14. Mai 1948 das britische Palästina-Mandat endete, rief → *Ben Gurion* den Staat Israel aus. Einen Tag später griffen die Armeen Ägyptens, Transjordanien, Syriens, Libanons und des Irak den neuen Staat an. Das war der erste arabisch-israelische Krieg und der Anfang des → *Nahost-Konflikts*.

Humanitäre Hilfe: Die von Organisationen wie dem „Roten Kreuz“ oder von Einzelpersonen wie → *Mutter Teresa* geleistete Hilfe für Menschen, die in Not sind.

Kalter Krieg: Der Begriff dient seit 1946/47 zur Bezeichnung des politischen, wirtschaftlichen und militärischen Konkurrenzkampfes zwischen den beiden Großmächten USA und UdSSR bzw. ihren Bündnissen. „Höhepunkte“ des Ost-West-Konfliktes waren die Blockade von Berlin (1948), der Korea-Krieg (1950-53), der Bau der Berliner Mauer (1961) und die Kuba-Krise (1962). Ende der 60er-Jahre wurde der Kalte Krieg durch eine → *Entspannungspolitik* abgelöst. Der Einmarsch sowjetischer Truppen in Afghanistan führte ab 1979 zu einer „Politik der Stärke und des Dialogs“ (Aufrüstung und gleichzeitige Verhandlungen). Im Zusammenhang mit dem Prozess der → *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* und dem Umbruch in Ost- und Mitteleuropa wurde 1990 das Ende des Kalten Krieges verkündet.

Kommunistische Volksrepublik China: der von → *Mao Zedong* 1949 ausgerufene Staat, in dem allein die Kommunistische Partei regiert. Die Volksrepublik China wurde 1970 Mitglied der → *UNO* und des → *UN-Sicherheitsrates*. Die nach dem Tod Mao Zedongs eingeleiteten Reformen öffneten das Land ausländischen Investoren und leiteten den Umbau der → *zentralen Planwirtschaft* in eine staatlich gelenkte Marktwirtschaft ein. Eine Demokratisierung des Staates nach westlichen Vorstellungen wird von der kommunistischen Führung bislang mit Gewalt verhindert.

Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa: Die erste KSZE wurde 1973 eröffnet. Die Regierungschefs der 35 Teilnehmerstaaten (Mitglieder der → *NATO*, des → *Warschauer Paktes* sowie neutrale und ungebundene europäische Staaten) verpflichteten ihre Länder in der *Schlussakte von Helsinki* (1975) zu Gewaltverzicht, zur Unverletzlichkeit bestehender Staatsgrenzen, zur Wahrung der Menschenrechte und zum ständigen Dialog. Erst die KSZE setzte die seit den 50er-Jahren geforderte → *Politik der friedlichen Koexistenz* in Europa um. Mit dem Ende des → *Kalten Krieges* und der Auflösung des Ostblocks änderten sich die Aufgaben der Organisation. Seit 1. Januar 1995 trägt sie den Namen *Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa*. Die OSZE zählt 55 Mitglieder (2004) und hat ihren Sitz in Wien.

Konferenz von Potsdam: Erste Nachkriegskonferenz der „Großen Drei“ (USA, Großbritannien und Sowjetunion) in Europa. Sie dauerte mit Unterbrechungen vom 17. Juli bis 2. August 1945. Verhandelt wurde über die Zukunft Deutschlands und Europas sowie über den noch andauernden Krieg in Fernost. Für ganz Deutschland wurden folgende Besatzungsziele festgelegt: Entmilitarisierung, Abbau kriegswichtiger Industrieanlagen (Demontagen), Entnazifizierung, Demokratisierung und Dezentralisierung. Darüber hinaus war die Oder-Neiße-Linie »bis zur endgültigen Festlegung« durch einen zukünftigen Friedensvertrag als Westgrenze Polens anzuerkennen. Die bereits angelaufene Ausweisung der deutschen Bevölkerung aus Polen, Ungarn und der Tschechoslowakei sollte in »ordnungsgemäßer und humaner Weise erfolgen« (→ *Flucht und Vertreibung*).

Konsumgesellschaft: In den 50er-Jahren trug die → *soziale Marktwirtschaft* dazu bei, dass die Bürger der Bundesrepublik Deutschland ihre Bedürfnisse nach Sachgütern und Dienstleistungen befriedigen konnten, während die Bürger der DDR durch die -→ *zentrale Planwirtschaft* auf viele Konsumgüter verzichten mussten.

Marshall-Plan: ein vom amerikanischen Außenminister *George C. Marshall* am 5. Juni 1947 angekündigtes Wiederaufbauprogramm für Europa (*European Recovery Program*). Es wurde ganz Europa - auch der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten - angeboten. Die Sowjetunion lehnte den Plan ab, weil sie die politische und wirtschaftliche Einmischung der USA fürchtete. Sie zwang auch die unter ihrem Einfluss stehenden Staaten, dieses Angebot abzulehnen. Der Marshall-Plan stabilisierte Westeuropa und trug damit dazu bei, Freiheit und Demokratie zu sichern.

Mauerfall: die Öffnung der → *Berliner Mauer* am 9. November 1989. Während die SED-Spitze vorsichtige Reformen der DDR diskutierte und dabei auch über ein neues Reisegesetz sprach, um die Fluchtbewegung aufzuhalten, gab Politbüromitglied Günter Schabowski am 9. November auf einer internationalen Pressekonferenz gegen 18.00 Uhr bekannt, dass ständige Ausreisen und Privatreisen in den Westen ab sofort beantragt werden könnten. Während die westlichen Medien daraufhin die Schlagzeile „DDR öffnet Grenzen“ verbreitete, erzwangen tausende Ost-Berliner die Öffnung der Grenze gegen Mitternacht. In den folgenden Tagen begann der Abriss der Mauer, doch erst am 30. Juni 1990 wurden die Kontrollen an den innerstädtischen Grenzen endgültig eingestellt.

Multimedia: Der Begriff bezeichnet die rechnergestützte Verknüpfung von digitalisierten Tönen, Texten, Grafiken und Filmen, bei deren Anwendung eine Interaktion (Dialog) zwischen Anbieter und Nutzer möglich ist. Voraussetzung dafür war die → *Elektronische Revolution*.

Nahost-Konflikt: Streit zwischen dem 1948 gegründeten Staat Israel (-> *Gründung des Staates Israel*), seinen arabischen Nachbarn und der palästinensischen Bevölkerung um die staatliche Gestaltung Palästinas (→ *Palästinenserfrage*). Mehrere Kriege und zahllose Terrorakte prägen bis heute den Konflikt.

Nordatlantische Verteidigungsgemeinschaft (NATO): Die NATO wurde 1949 als Militärbündnis zur gemeinsamen Verteidigung und zur Sicherung von Frieden und Freiheit von zehn westeuropäischen Staaten, den USA und Kanada gegründet; seit 2004 gehörten ihr 26 Staaten an, Sitz der NATO ist Brüssel.

Ostverträge: die unter Bundeskanzler → *Willi/ Brandt* 1970 abgeschlossenen Verträge von Moskau und Warschau zur Normalisierung der Politik mit den Staaten des → *Warschauer Paktes*.

Ost-West-Konflikt: Auseinandersetzung zwischen dem kommunistischen Ostblock und den westlichen freiheitlich-demokratischen Staaten nach 1949, der sich zum → *Kalten Krieg* steigerte.

Palästinenserfrage: Hauptbestandteil des → *Nahost-Konflikts* ist die Forderung der Palästinenser nach einem unabhängigen Staat. Trotz internationaler Vermittlung konnten die Grenzen des palästinensischen Staates noch nicht endgültig festgelegt werden, da Israel Sicherheitsansprüche geltend macht.

Parlamentarische Demokratie: Staatsform, in der die gesetzgebende Gewalt bei den für vier Jahre gewählten Abgeordneten des Parlaments liegt. Die ausführende Gewalt (Regierung) wird vom Bundespräsidenten ernannt, ist aber von Mehrheiten im Parlament abhängig.

Politik der Koexistenz: Angesichts des atomaren Patts akzeptieren die USA und die Sowjetunion im → *Kalten Krieg* das Nebeneinander unterschiedlicher Wirtschafts- und Gesellschaftsordnungen. Die „Politik der Koexistenz“ löste die *Eindämmungspolitik* der USA ab. Beispiele: Die Nichteinmischung der USA bei den Volksaufständen in der DDR (1953), in Polen und Ungarn (1956) sowie nach dem Bau der → *Berliner Mauer* 1961. Die „Politik der Koexistenz“ fand in der 1956 von → Chruschtschow geforderten Lehre der „friedlichen Koexistenz“ von kommunistischen und nichtkommunistischen Staaten ihre Ergänzung. Aber erst die → *Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* machte diese Politik möglich und öffnete den Weg zur Überwindung des → *Kalten Krieges*.

Popkultur: an Pop-Art, Pöpliteratur und -musik angelegelter Begriff der populären Kultur. Beispiel: In den 60er-Jahren prägten die „Beatles“ und „Rolling Stones“ mit ihrer Beatmusik eine Phase der Popmusik.

Römische Verträge: Am 25. März 1957 wurden in Rom die Verträge über die Gründung der → *Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft* und der Europäischen Atomgemeinschaft von Belgien, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und den Niederlanden unterzeichnet. Die Staaten vereinbarten, „die Grundlagen für einen immer engeren Zusammenschluss der europäischen Völker zu schaffen“. Sie haben damit die Grundlage für die heutige → *Europäische Union* gelegt.

Soziale Marktwirtschaft: eine Wirtschaftsordnung, die dadurch gekennzeichnet ist, dass Produktion und Verteilung von Gütern über den Markt geregelt werden. Angebot und Nachfrage regulieren weitgehend die Preise. Der Staat garantiert die Vertragsfreiheit, den Wettbewerb und ein funktionierendes Geldwesen. Die soziale Marktwirtschaft bemüht sich, das freie Spiel der Kräfte durch gesetzliche Rahmenbedingungen für alle Gesellschaftsschichten akzeptabel zu gestalten.

Sozialistischer Staat sowjetischer Prägung: Die DDR und andere Staaten im Ostblock mussten ihre Innen- und Außenpolitik nach dem Vorbild der UdSSR gestalten und den Führungsanspruch der Sowjetunion im → *Warschauer Pakt* und RGW anerkennen

Staatliche Souveränität: die Möglichkeit eines Staates, seine Innen-, Außen- und Wirtschaftspolitik frei gestalten zu können. Nach der bedingungslosen Kapitulation von 1945 erreichte die Bundesrepublik Deutschland die staatliche Souveränität 1955 durch die → *Westintegration*.

Stasi: Bezeichnung für die Mitarbeiter des *Ministeriums für Staatssicherheit*.

Umweltschutz: Bemühung, eine umweltverträgliche (ökologische) Wirtschaftsordnung durchzusetzen. Die Partei der „Grünen“ übernahm in den 1970er-Jahren diese Forderung vieler Bürgerinitiativen in ihr Programm. Inzwischen setzen sich viele Parteien, Regierungen und internationale Organisationen wie die → *EU* und die → *UNO* für den Umweltschutz ein.

Vertrag von Maastricht: ein 1992 von zwölf westeuropäischen Regierungschefs unterschriebenes Dokument zur Gründung der → *Europäischen Union*.

Warschauer Pakt (*Warschauer Vertragsorganisation*): Die WVO bestand von 1955 bis 1991. Unter Führung der Sowjetunion fasste sie alle militärischen Kräfte Osteuropas zusammen.

Weltraumfahrt: Erforschung und Eroberung des Weltraumes; im → *Kalten Krieg* gingen die Supermächte davon aus, dass die Weltherrschaft mit der Eroberung des Weltraumes verknüpft sei.

Westintegration: die nach 1945 vor allem von Bundeskanzler → *Konrad Adenauer* verfolgte Politik, die Bundesrepublik Deutschland in das westliche Verteidigungsbündnis → *NATO* einzugliedern. Sie bildete die Grundlage für die → *staatliche Souveränität* der Bundesrepublik im Jahre 1955.

Zerfall des Vielvölkerstaates Jugoslawien: Nach 1989 lösten sich die ersten Teilrepubliken aus dem kommunistisch geführten Vielvölkerstaat. 1991 erklärten Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina ihre Unabhängigkeit. In dieser Lage betrieben nationalistische Politiker in Serbien und Kroatien eine Politik der Verdrängung und Vertreibung von Minderheiten. Die Probleme konnten weder von der → *Europäischen Union* noch der → *UNO* mit diplomatischen Mitteln gelöst werden. 1999 griff die → *NATO* ohne UN-Mandat in den Kosovo-Konflikt ein. 2003 löste sich die „Bundesrepublik Jugoslawien“ ganz auf, die beiden verbliebenen Teilrepubliken gründeten den Staatenbund „Serbien und Montenegro“.